

Ein Wort voraus

Zum Versorgungsausgleich

Am 1.7.1977 wurde in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts – kurz 1. EheRG genannt – das Rechtsinstitut des Versorgungsausgleichs eingeführt. Die damalige Reform des Eherechts war von dem Leitbild der partnerschaftlichen Ehe geprägt und hat insbesondere das Verschuldensprinzip des davor geltenden Scheidungsrechts durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Diesen Zielvorstellungen entsprechend sind damals die Scheidungsfolgen weitgehend neu gestaltet und um den Versorgungsausgleich ergänzt worden. Nach wie vor gibt es neben Deutschland allerdings relativ wenige Länder, die ein dem Versorgungsausgleich entsprechendes bzw. vergleichbares Rechtsinstitut kennen (hierzu gehören z.B. die Niederlande und die Schweiz).

Nach der Grundidee des Versorgungsausgleichs werden die während der Ehe erworbenen Versorgungsrechte als das Ergebnis einer partnerschaftlichen Lebensleistung behandelt und bei einem Scheitern der Ehe auf beide Ehegatten gleichmäßig verteilt, um dem jeweils ausgleichsberechtigten Ehegatten den Auf- bzw. Ausbau einer eigenständigen sozialen Sicherung zu ermöglichen. Der Versorgungsausgleich wird regelmäßig im Zusammenhang mit der Scheidung der Ehe vom Familiengericht durchgeführt. Seit dem 1.1.2005 findet auch bei der Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft grundsätzlich ein Versorgungsausgleich statt, wenn die Lebenspartnerschaft nach dem 31.12.2004 begründet worden ist. Die in dieser Broschüre enthaltenen Anmerkungen und Erläuterungen gelten daher grundsätzlich ebenfalls für die Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Vom 1.10.2017 an können auch Personen gleichen Geschlechts die Ehe schließen. Wesentliche Änderungen beim Versorgungsausgleich ergeben sich hieraus nicht. Bereits bestehende Lebenspartnerschaften können fortgeführt oder in eine Ehe umgewandelt werden; neue Lebenspartnerschaften können ab dem 1.10.2017 nicht mehr begründet werden.

Durch das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VAstrRefG) vom 3.4.2009, das am 8.4.2009 im Bundesgesetzblatt verkündet worden ist (BGBl. I S. 700), ist der Versorgungsausgleich grund-

legend umgestaltet worden. Das reformierte Recht ist zum 1.9.2009 in Kraft getreten.

Nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht wurde eine Gesamtbilanz aller in der Ehezeit erworbenen Anrechte erstellt, soweit sie in den Versorgungsausgleich einzubeziehen waren. Der Ehegatte mit den werthöheren Rentenansprüchen war dem ausgleichsberechtigten Ehegatten gegenüber in Höhe der Hälfte des Wertunterschiedes ausgleichspflichtig. Die Umsetzung der Entscheidung des Familiengerichts erfolgte dann regelmäßig als Einmalausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung, die den durchgeführten Versorgungsausgleich bei einer Rentenzahlung an die ausgleichsberechtigte Person zu berücksichtigen hat.

Das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs brachte demgegenüber eine Reihe von zentralen Neuerungen und Änderungen für den Versorgungsausgleich. Die für den Versorgungsausgleich maßgeblichen Vorschriften befinden sich im Wesentlichen im Versorgungsausgleichsgesetz (Art. 1 des VAStrRefG). Danach wird grundsätzlich jedes Anrecht im jeweiligen Versorgungssystem zwischen den Ehegatten geteilt. Da dies im Regelfall bereits zum Zeitpunkt der Scheidung möglich ist, soll damit der schuldrechtliche Versorgungsausgleich, der eine eigenständige soziale Sicherung der ausgleichsberechtigten Person nicht gewährleisten kann, weiter zurückgedrängt werden. Bei einer kurzen Ehedauer von bis zu drei Jahren findet ein Versorgungsausgleich nicht mehr statt, es sei denn, er wird von einem der Ehegatten beantragt. Wesentliche Grundprinzipien des Versorgungsausgleichs, der sich als Rechtsinstitut in der Vergangenheit bewährt hat und für die Aufteilung der Versorgungsansprüche zwischen den Ehegatten weiterhin unverzichtbar bleibt, gelten auch nach dem 31.8.2009. Dazu gehört in erster Linie der Halbteilungsgrundsatz, wonach die in der Ehezeit erworbenen Versorgungsansprüche grundsätzlich hälftig zwischen den Ehegatten aufgeteilt werden. Der Versorgungsausgleich wird zudem regelmäßig im Verbund mit der Scheidung durchgeführt.

Auch wenn die gesetzliche Rentenversicherung als einer von vielen Versorgungsträgern im Versorgungsausgleich nicht mehr die zentrale Rolle spielt, wie dies nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht der Fall gewesen ist, ist sie als eine tragende Säule der Altersversorgung und aufgrund ihres Versicherten- und Rentnerbestandes in der Mehrzahl der Scheidungsfälle am Versorgungsausgleichsverfahren beteiligt.

Zum Inhalt dieser Broschüre

Schwerpunkt der Broschüre sind die Erläuterungen zu den einzelnen Vorschriften des Versorgungsausgleichs aus der Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung. Dabei werden neben den zentralen Vorschriften des Versorgungsausgleichsgesetzes die Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (einschließlich dessen Einführungsgesetzes) ebenso behandelt wie die für die Auswirkungen des Versorgungsausgleichs in der Rentenversicherung maßgebenden rentenrechtlichen Vorschriften des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB VI).

Den Einzelerläuterungen zu den für die gesetzliche Rentenversicherung maßgeblichen Vorschriften ist eine Übersicht über die Grundzüge des Versorgungsausgleichs vorangestellt. Regelungen, die für die gesetzliche Rentenversicherung keine unmittelbaren Auswirkungen haben, sind im Gesetzeswortlaut abgedruckt, um ein Nachschlagen an anderer Stelle weitgehend zu ersparen. Nach den Erläuterungen zum materiellen Recht und einem Überblick über das Verfahrensrecht sind wesentliche Vorschriften zum Verfahrensrecht im Versorgungsausgleich aufgeführt.

Zur 13. Auflage dieser Broschüre

Lagen die Schwerpunkte der älteren Auflagen in der Aufarbeitung und Darstellung der rechtlichen und praktischen Probleme, die sich zum einen aus der Einführung des Versorgungsausgleichs und zum anderen spätestens ab 1992 in zunehmendem Maße aus den weitreichenden Rechtsänderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, der Beamtenversorgung sowie der Alterssicherung der Landwirte ergaben, so erhielt die Broschüre aufgrund der Strukturreform des Versorgungsausgleichs zum 1.9.2009 weitgehend ein neues Gesicht.

Das Thema blieb zwar nach wie vor der „Versorgungsausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung“, durch das VAStrRefG erhielt die gesetzliche Rentenversicherung jedoch im gesamten System des reformierten Versorgungsausgleichs eine grundlegend andere Rolle, als dies bisher der Fall gewesen ist. Sie steht in einer Reihe mit vielen verschiedenen Versorgungssystemen, deren rechtlichen und praktischen Hintergrund zu erläutern den Rahmen dieser Broschüre übersteigen würde. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Erläuterungen in der aktuellen Auflage weiterhin im Wesentlichen auf die Neuerungen und zentralen Vorschriften

des Versorgungsausgleichsgesetzes sowie des ebenfalls zum 1.9.2009 neu eingeführten Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.12.2008 (FamFG; BGBl. I S. 2585), von denen die gesetzliche Rentenversicherung betroffen ist. Soweit Bezüge bzw. Verweise auf das bisherige Recht im Rahmen der Erläuterungen des ab dem 1.9.2009 geltenden Rechts sinnvoll oder notwendig erschienen, sind diese bei den jeweiligen Einzelerläuterungen vorgenommen worden.

Mit der aktuellen 13. Auflage werden die Erläuterungen zum reformierten Versorgungsausgleich fortgeführt und, soweit dies erforderlich erschien, ergänzt. Einzelne künftige Rechtsentwicklungen, die sich bei der Erstellung der Broschüre bereits abzeichneten, wurden – soweit möglich – berücksichtigt.

Ein zentrales Anliegen der Autorengemeinschaft liegt darin, die komplexe Materie des Versorgungsausgleichs verständlich und praxisnah darzustellen. Nähere Ausführungen zur Rentenberechnung enthält auch die Broschüre der Deutschen Rentenversicherung Bund „Text und Erläuterungen zum SGB VI“; das Rentensplitting wird in der Broschüre der Deutschen Rentenversicherung Bund „Renten an Hinterbliebene & Rentensplitting“ erläutert. Weitere Informationen zum Rentenrecht sind unter www.deutsche-rentenversicherung.de zusätzlich über das Internet abrufbar.

Berlin, im Oktober 2017

Edda Bachmann
Katrín Beckmann
Carola Stinal
Joachim Jenner
Thomas Richwien
Peter Scholz
Marcel Schürer
Bernd Strotmeyer
Peter Weiß
Thomas Wiechmann

Inhaltsverzeichnis

	§	Seite
Übersicht zum Versorgungsausgleich		1

Bürgerliches Gesetzbuch

Titel 3. Aufhebung der Ehe

Aufhebung durch richterliche Entscheidung	1313	20
Aufhebungsgründe	1314	22
Ausschluss der Aufhebung	1315	23
Antragsberechtigung	1316	25
Antragsfrist	1317	27
Folgen der Aufhebung	1318	28

Titel 4. Wiederverheiratung nach Todeserklärung

Aufhebung der bisherigen Ehe	1319	31
Aufhebung der neuen Ehe	1320	31

Untertitel 2. Vertragliches Güterrecht

Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften

Ehevertrag, Vertragsfreiheit	1408	33
------------------------------	------	----

Titel 7. Scheidung der Ehe

Untertitel 1. Scheidungsgründe

Scheidung durch richterliche Entscheidung	1564	39
Scheitern der Ehe	1565	39
Vermutung für das Scheitern	1566	39
Getrenntleben	1567	40
Härteklauseel	1568	40

	§	Seite
Untertitel 2. Unterhalt des geschiedenen Ehegatten		
Kapitel 1. Grundsatz		
Grundsatz der Eigenverantwortung	1569	41
Kapitel 2. Unterhaltsberechtigung		
Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes	1570	41
Unterhalt wegen Alters	1571	41
Unterhalt wegen Krankheit oder Gebrechen	1572	42
Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit und Aufstockungsunterhalt	1573	42
Angemessene Erwerbstätigkeit	1574	43
Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung	1575	43
Unterhalt aus Billigkeitsgründen	1576	44
Bedürftigkeit	1577	44
Maß des Unterhalts	1578	45
Deckungsvermutung bei schadensbedingten Mehraufwendungen	1578a	45
Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit	1578b	46
Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	1579	46
Auskunftspflicht	1580	47
Kapitel 3. Leistungsfähigkeit und Rangfolge		
Leistungsfähigkeit	1581	47
Rang des geschiedenen Ehegatten bei mehreren Unterhaltsberechtigten	1582	48
Einfluss des Güterstandes	1583	48
Rangverhältnisse mehrerer Unterhaltsverpflichteter	1584	48
Kapitel 4. Gestaltung des Unterhaltsanspruchs		
Art der Unterhaltsgewährung	1585	48
Sicherheitsleistung	1585a	49
Unterhalt für die Vergangenheit	1585b	49
Vereinbarungen über den Unterhalt	1585c	49

	§	Seite
Kapitel 5. Ende des Unterhaltsanspruchs		
Wiederverheiratung, Begründung einer Lebenspartnerschaft oder Tod des Berechtigten	1586	50
Wiederaufleben des Unterhaltsanspruchs	1586a	50
Kein Erlöschen bei Tod des Verpflichteten	1586b	50
Untertitel 3. Versorgungsausgleich		
Verweis auf das Versorgungsausgleichsgesetz	1587	52

Versorgungsausgleichsgesetz

Teil 1. Der Versorgungsausgleich

Kapitel 1. Allgemeiner Teil

Halbteilung der Anrechte	1	58
Ausgleichende Anrechte	2	65
Ehezeit, Ausschluss bei kurzer Ehezeit	3	115
Auskunftsansprüche	4	128
Bestimmung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert	5	141

Kapitel 2. Ausgleich

Abschnitt 1. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich

Regelungsbefugnisse der Ehegatten	6	164
Besondere formelle Wirksamkeitsvoraussetzungen	7	180
Besondere materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen	8	185

Abschnitt 2. Wertausgleich bei der Scheidung

Unterabschnitt 1. Grundsätze des Wertausgleichs bei der Scheidung

Rangfolge der Ausgleichsformen, Ausnahmen	9	207
---	---	-----

Unterabschnitt 2. Interne Teilung

Interne Teilung	10	214
Anforderungen an die interne Teilung	11	243

	§	Seite
Rechtsfolge der internen Teilung von Betriebsrenten	12	272
Teilungskosten des Versorgungsträgers	13	272
Unterabschnitt 3. Externe Teilung		
Externe Teilung	14	274
Wahlrecht hinsichtlich der Zielversorgung	15	296
Externe Teilung von Anrechten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis	16	303
Besondere Fälle der externen Teilung von Betriebsrenten	17	315
Unterabschnitt 4. Ausnahmen		
Geringfügigkeit	18	316
Fehlende Ausgleichsreife	19	325
Abschnitt 3. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung		
Unterabschnitt 1. Schuldrechtliche Ausgleichszahlungen		
Anspruch auf schuldrechtliche Ausgleichsrente	20	336
Abtretung von Versorgungsansprüchen	21	349
Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen	22	349
Unterabschnitt 2. Abfindung		
Anspruch auf Abfindung, Zumutbarkeit	23	350
Höhe der Abfindung, Zweckbindung	24	350
Unterabschnitt 3. Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung		
Anspruch gegen den Versorgungsträger	25	351
Anspruch gegen die Witwe oder den Witwer	26	351
Abschnitt 4. Härtefälle		
Beschränkung oder Wegfall des Versorgungsausgleichs	27	352

Kapitel 3. Ergänzende Vorschriften

Ausgleich eines Anrechts der Privatvorsorge wegen Invalidität	28	360
Leistungsverbot bis zum Abschluss des Verfahrens	29	361
Schutz des Versorgungsträgers	30	365
Tod eines Ehegatten	31	381

Kapitel 4. Anpassung nach Rechtskraft

Anpassungsfähige Anrechte	32	388
Anpassung wegen Unterhalt	33	394
Durchführung einer Anpassung wegen Unterhalt	34	422
Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze	35	441
Durchführung einer Anpassung wegen Invalidität der ausgleichspflichtigen Person oder einer für sie geltenden besonderen Altersgrenze	36	457
Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person	37	466
Durchführung einer Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person	38	488

Teil 2. Wertermittlung

Kapitel 1. Allgemeine Wertermittlungsvorschriften

Unmittelbare Bewertung einer Anwartschaft	39	497
Zeiträtierliche Bewertung einer Anwartschaft	40	545
Bewertung einer laufenden Versorgung	41	550
Bewertung nach Billigkeit	42	562
Sondervorschriften für Anrechte aus der gesetzlichen Rentenversicherung	43	565
Sondervorschriften für Anrechte aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis	44	570
Sondervorschriften für Anrechte nach dem Betriebsrentengesetz	45	586

	§	Seite
Sondervorschriften für Anrechte aus Privatversicherungen	46	586

Kapitel 3. Korrespondierender Kapitalwert als Hilfsgröße

Berechnung des korrespondierenden Kapitalwerts	47	587
Allgemeine Übergangsvorschrift	48	596
Übergangsvorschrift für Auswirkungen des Versorgungsausgleichs in besonderen Fällen	49	602
Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem Versorgungsausgleichs-Überleitungsgesetz	50	606
Zulässigkeit einer Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs	51	611
Durchführung einer Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs	52	636
Bewertung eines Teilausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	53	649
Weiter anwendbare Übergangsvorschriften des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe und Familienrechts und des Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs für Sachverhalte vor dem 1. Juli 1977	54	652

Gesetz über die Versorgungsausgleichskasse

Aufgabe	1	656
Rechtsform, anzuwendendes Recht	2	656
Besondere Bestimmungen	3	656
Leistungsumfang	4	657
Beschränkung des Anrechts	5	657
Bilanzierung von Rückdeckungsversicherungen	6	658

Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft

Form und Voraussetzungen	1	660
Güterstand	6	660

	§	Seite
Lebenspartnerschaftsvertrag	7	661
Aufhebung der Lebenspartnerschaft	15	661
Versorgungsausgleich	20	662
Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts	21	669

Sechstes Buch Sozialgesetzbuch

Nachversicherung, Versorgungsausgleich und Rentensplitting	8	672
Wartezeiterfüllung durch Versorgungsausgleich, Rentensplitting und Zuschläge an Entgeltpunkten für Arbeitsentgelt aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung	52	674
Persönliche Entgeltpunkte	66	683
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich	76	689
Zuschläge an Entgeltpunkten aus Zahlung von Beiträgen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters oder bei Abfindungen einer Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung oder von Anrechten bei der Versorgungsausgleichskasse	76a	704
Reihenfolge bei der Anwendung von Berechnungsvorschriften	98	708
Änderung und Ende	100	709
Beginn und Änderung in Sonderfällen	101	713
Renteninformation und Rentenauskunft	109	731
Höhe der Rente	113	739
Besonderheiten	114	743

Vierter Unterabschnitt. Besonderheiten beim Versorgungsausgleich

Interne Teilung und Verrechnung von Anrechten	120f	747
Externe Teilung	120g	751
Abzuschmelzende Anrechte	120h	753
Berechnung von Durchschnittswerten und Rententeilen	124	757
Zuständigkeit für Versicherte und Hinterbliebene	127	758

	§	Seite
Örtliche Zuständigkeit der Regionalträger	128	764
Besonderheit bei der Durchführung		
der Versicherung und bei den Leistungen	137	770
Erhöhung und Minderung der Beiträge		
beim Versorgungsausgleich	183	771
Zahlung der Beiträge und Wirkung der Beitragszahlung	185	779
Zahlung von Beiträgen und Ermittlung		
von Entgeltpunkten aus Beiträgen		
beim Versorgungsausgleich	187	787
Zahlung von Beiträgen bei Abfindungen		
von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung		
oder von Anrechten		
bei der Versorgungsausgleichskasse	187b	819
Beitragserstattung	210	822
Erstattung durch den Träger der Versorgungslast	225	832
Verordnungsermächtigung	226	856
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich	264	865
Zuschläge oder Abschläge beim Versorgungsausgleich		
im Beitrittsgebiet	264a	867
Änderung von Renten beim Versorgungsausgleich	268a	874
Besonderheiten	272	889
Zahlung von Beiträgen im Rahmen		
des Versorgungsausgleichs im Beitrittsgebiet	281a	891
Erstattung durch den Träger der Versorgungslast	290	910
Neufeststellung	317a	914

Bundesversorgungsteilungsgesetz

Zweckbestimmung	1	918
Anspruch	2	919
Anpassung	3	919
Rückforderung	4	920
Erstattung	5	920

Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Allgemeine Ehwirkungen	Art. 14	930
------------------------	---------	-----

	§	Seite
Scheidung	Art. 17	933
Eingetragene Lebenspartnerschaft	Art. 17b	938
Übergangsvorschrift zum Gesetz vom 25. Juli 1986 zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	Art. 220	946
Überleitungsvorschrift zum Gesetz vom 4. Mai 1998 zur Neuordnung des Eheschließungsrecht	Art. 226	947
Weitere Überleitungsvorschriften		
Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Anpassung der Vorschriften des Internationalen Privatrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 u. a.	Art. 229, 28	948
Viertes Buch. Familienrecht	Art. 234	949
Grundsatz	1	949
Versorgungsausgleich	6	949
Übersicht zum Verfahrensrecht		952

Gerichtsverfassungsgesetz

Sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte	23a	966
Bildung von Familiengerichten, Familiensachen	23b	966
Zusammenfassung von Familiensachen	23d	966
Zuständigkeit in Zivilsachen in 2. Instanz	72	967
Zuständigkeit in Zivilsachen (OLG)	119	967
Zuständigkeit in Zivilsachen (BGH)	133	968
Aufgaben eines Urkundsbeamten	153	968

Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Buch 1. Allgemeiner Teil Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

Anwendungsbereich	1	972
-------------------	---	-----

	§	Seite
Örtliche Zuständigkeit	2	972
Beteiligte	7	972
Bekanntgabe; formlose Mitteilung	15	973

Abschnitt 2. Verfahren im ersten Rechtszug

Verfahrenseinleitender Antrag	23	973
Ermittlung von Amts wegen	26	974
Mitwirkung der Beteiligten	27	974
Termin	32	974
Zwangsmittel	35	975

Abschnitt 3. Beschluss

Entscheidung durch Beschluss	38	978
Rechtsbehelfsbelehrung	39	979
Wirksamwerden	40	979
Bekanntgabe des Beschlusses	41	980
Berichtigung des Beschlusses	42	980
Formelle Rechtskraft	45	980
Rechtskraftzeugnis	46	981
Abänderung und Wiederaufnahme	48	981

Abschnitt 5. Rechtsmittel

Unterabschnitt 1. Beschwerde

Statthaftigkeit der Beschwerde	58	982
Beschwerdeberechtigte	59	982
Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	61	982
Beschwerdefrist	63	983
Einlegung der Beschwerde	64	983
Beschwerdebegründung	65	984
Anschlussbeschwerde	66	984
Verzicht auf die Beschwerde;		
Rücknahme der Beschwerde	67	984
Gang des Beschwerdeverfahrens	68	985
Beschwerdeentscheidung	69	985

	§	Seite
Unterabschnitt 2. Rechtsbeschwerde		
Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	70	986
Frist und Form der Rechtsbeschwerde	71	987
Gründe der Rechtsbeschwerde	72	988
Anschlussrechtsbeschwerde	73	988
Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	74	989
Zurückweisungsbeschluss	74a	990
Sprungrechtsbeschwerde	75	990
Abschnitt 7. Kosten		
Umfang der Kostenpflicht	80	991
Grundsatz der Kostenpflicht	81	991
Zeitpunkt der Kostenentscheidung	82	992
Kostenpflicht bei Vergleich, Erledigung und Rücknahme	83	992
Rechtsmittelkosten	84	992
Kostenfestsetzung	85	992
Abschnitt 8. Vollstreckung		
Unterabschnitt 3. Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung		
Anwendung der Zivilprozessordnung	95	993
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug		
Unterabschnitt 2. Internationale Zuständigkeit		
Ehesachen; Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	98	994
Versorgungsausgleichssachen	102	996
Lebenspartnerschaftssachen	103	997
Keine ausschließliche Zuständigkeit	106	999
Unterabschnitt 3. Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen		
Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	107	999
Anerkennung anderer ausländischer Entscheidungen	108	1001
Anerkennungshindernisse	109	1002

	§	Seite
Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	110	1003
Buch 2. Verfahren in Familiensachen		
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften		
Familiensachen	111	1004
Anwendung von Vorschriften der Zivilprozessordnung	113	1004
Vertretung durch einen Rechtsanwalt; Vollmacht	114	1005
Entscheidung durch Beschluss; Wirksamkeit	116	1008
Abschnitt 2. Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen		
Unterabschnitt 1. Verfahren in Ehesachen		
Ehesachen	121	1009
Örtliche Zuständigkeit	122	1009
Antrag	124	1010
Tod eines Ehegatten	131	1010
Unterabschnitt 2. Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen		
Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	137	1010
Einbeziehung weiterer Beteiligter und dritter Personen	139	1011
Abtrennung	140	1012
Rücknahme des Scheidungsantrags	141	1013
Einheitliche Endentscheidung;		
Abweisung des Scheidungsantrags	142	1013
Verzicht auf Anschlussrechtsmittel	144	1014
Befristung von Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel	145	1014
Wirksamwerden von Entscheidungen in Folgesachen	148	1014
Abschnitt 8. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen		
Versorgungsausgleichssachen	217	1015
Örtliche Zuständigkeit	218	1015
Beteiligte	219	1015
Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	220	1016
Erörterung, Aussetzung	221	1016
Durchführung der externen Teilung	222	1017

	§	Seite
Antragserfordernis für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	223	1022
Entscheidung über den Versorgungsausgleich	224	1023
Zulässigkeit einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	225	1028
Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	226	1041
Sonstige Abänderungen	227	1049
Zulässigkeit der Beschwerde	228	1050
Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern	229	1050
Lebenspartnerschaftssachen	269	1052
Anwendbare Vorschriften	270	1052
Übergangsvorschrift	Art. 111	1053
Inkrafttreten, Außerkrafttreten	Art. 112	1054

Zivilprozessordnung

Elektronisches Dokument	130a	1056
Gerichtliches Elektronisches Dokument	130b	1056
Zustellung gegen Empfangsbekanntnis	174	1057
Fristberechnung	222	1057
Aktenausdruck	298	1058
Urteilszustellung und -ausfertigung	317	1058
Zurücknahme der Berufung	516	1059
Berufungsbegründung	520	1059
 Anhang: Muster einer Auskunft über Rentenanwartschaften an das Familiengericht		 1061
 Synopsis		 1075
 Abkürzungsverzeichnis		 1091
 Stichwortverzeichnis		 1101
		XXI